

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postanschrift
Tageblatt Riefa,
Bernau Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1580,
Vorkasse:
Riefa Nr. 52.

Nr. 200.

Freitag, 26. August 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Tagen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger legendemäßer Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riefa.

Reichstagsauflösung bevorstehend.

Die Haltung des Kabinetts v. Papen

In politischen Kreisen Berlins wurden am Donnerstag in der Hauptsache zwei Fragen diskutiert, einmal die Methoden, welche die Regierung nach Auflösung des Reichstages anzuwenden gedenkt, dann aber die Einzelheiten des großen Wirtschaftsprogramms, die im Reichskabinett Freitag und Sonnabend zum letzten Male durchberaten und in die endgültige Formulierung gebracht werden sollen. Das Wirtschaftsprogramm wird deshalb besonders eifrig erörtert, weil in den letzten 24 Stunden durchgedacht ist, daß die Reichsregierung über den ursprünglich bekannten Rahmen ihrer Reformpläne hinausgehen gedenkt. Man „hüft“ in gut orientierten Kreisen geheimnisvoll von „wichtigen, tiefgreifenden, kühnen Maßnahmen“. Auch der Rücktritt Dr. Trendelenburgs und die Ernennung des neuen Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium, Geheimrat Schwarzkopff werden mit der Kühnheit dieser Maßnahmen in Verbindung gebracht. Sie gehen über das hinaus, was Dr. Trendelenburg im gegenwärtigen Augenblick verantworten zu können glaubte. Es ist nicht ganz leicht, aus den mangelhaften Gerüchten und Kombinationen einen wahren Kern herauszuschälen, weil diesmal die Reichsregierung ungewöhnlich dicht hält und ihren Beamten schärfste Anweisung gegeben hat, keinerlei Einzelheiten vor der großen Rede des Reichskanzlers am Sonntag vormittag an die Öffentlichkeit weiterzugeben. Immerhin ist sichtbar, daß das Reformprogramm des Kabinetts von Papen eine recht umfassende Befreiung der Unternehmerrationalität von den bisherigen drückenden Lasten anstrebt. Man hat eine Anzahl von Vorzügen entwickelt, die nach Möglichkeit das vorhandene, aber zurückgehaltene Kapital zum Herausstreiten aus seiner Reserve veranlassen sollen.

Wie versichert wird, spielen hierbei Steuerreformen in größerem Umfang eine besondere Rolle. In gut unterrichteten Kreisen ist bereits seit längerer Zeit bekannt, daß die Vorarbeiten für eine Steuerreform im Reichsfinanzministerium mit Beschleunigung weiter getrieben wurden. Wie es scheint, wird es hier einige Ueberraschungen geben. In welcher Richtung sie gehen, ist noch nicht ganz zu übersehen. Man darf aber wohl erwarten, daß bei allen Steuerarten, die die Unternehmerrationalität belasten, ein erheblicher Abbau vorgenommen wird und daß auch Steuererleichterungen bei der Inangabringung landwirtschaftlicher Arbeiten, durch die neue Arbeiter in den Wirtschaftsprozess eingestellt werden, gewährt werden sollen.

Während die Reichsregierung an der Gestaltung ihres Wirtschaftsprogramms arbeitet, zerbrechen sich die parlamentarisch eingestellten Parteien über die kommenden Reichstagskämpfe in der nächsten Woche die Köpfe. Man propagiert sogar Maßnahmen, die die Alterspräsidentin Alara Zetlin vom Reichstag fernhalten sollen, weil von ihrem Erscheinen oder Nichterscheinen auszufolgern die Ruhe des Reichstags abhänge. Regierungskreise ironisieren man diese Versuche. Man würde, wie es scheint, einen lauten Crash nicht ungern sehen, weil dadurch die Arbeitsunfähigkeit des Reichstags im Sinne der Regierungsjuristen deutlich bewiesen würde. Amtlichseits rechnet man ziemlich fest mit der kommenden Auflösung des Parlaments. Auch die weiter fortgehenden Verhandlungen zwischen NSDAP und Zentrum werden daran kaum etwas ändern können. Man nimmt jetzt selbst bei den Beteiligten an, daß sich ein greifbares Ergebnis kaum noch bis Anfang der nächsten Woche erzielen läßt. Für die Zukunft freilich sind hier Fäden angespannt, die nicht mehr so leicht zerreißen werden. Die Frage einer Umbildung des Präsidialkabinetts kann auch nach einer Auflösung des Reichstags sehr bald akut werden. Auch in Preußen ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. Eine eventuelle Begnadigung der oberstefflichen SA-Leute oder die Inangabringung eines Wiederaufnahmeverfahrens mit anderem Ausgang, können mancherlei ändern.

Zur Reichstagsöffnung durch Alara Zetlin.

Eine Randnote der Kölnischen Zeitung.

1) Köln. Die Kölnische Zeitung beschäftigt sich in einer Randnote mit der Meldung kommunistischer Blätter, daß Alara Zetlin trotz ihres leidenden Zustandes sich entschlossen habe, als Alterspräsidentin den deutschen Reichstag zu eröffnen. Wenn man auf kommunistischer Seite schon nicht einsehen wolle, so schreibt das Blatt, daß die 75jährige Parteigenossin Zetlin keineswegs mehr körperlich den Anforderungen gewachsen sei, die das Amt eines Alterspräsidenten gerade in dieser politisch bewegten Zeit mit sich bringe, so sollte man doch bedenken, daß ein derartiges parteipolitisches Experiment, wie es hier beabsichtigt sei, gegen die natürliche Würde einer Greisin verstoße. Aber dieser Appell an die bessere Einsicht der kommunistischen Partei sei natürlich vergeblich. Alara Zetlin selbst aber sollte bedenken, daß sie hier von ihren Parteigenossen in eine Rolle hineingedrängt werde, die ihr und auch denen nur peinlich sein könne, die vor der Würde des Alters noch Achtung hätten.

* Berlin. In längeren Erörterungen beschäftigt sich die „D.M.Z.“ offenbar auf Grund guter Informationen, mit der Haltung und den Plänen des Reichskabinetts. Mit Recht, so schreibt das Blatt, wird der Befanngabe des Wirtschaftsprogramms durch Reichskanzler von Papen am Sonntag in Münster von allen politischen Kreisen das größte Interesse entgegengebracht. Die Spannung, mit der man dem Ergebnis der Kabinettsberatungen entgegenfieht, wird nicht enttäuscht werden. Es wird sich um wichtige, tiefgreifende, kühne Maßnahmen handeln, und zwar in einem weitergespannten Rahmen, als das bisher erwartet worden ist. Daß der Wechsel auf dem Posten des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium keinen Kurswechsel bedeutet, dürfte sich aus der Befanngabe des Wirtschaftsprogramms ergeben, an dem ja Dr. Trendelenburg noch bis zuletzt mitgearbeitet hat. Daß die Nachstreikungen bestimmter gewerkschaftlicher Gruppen und die Verluste, von hier aus auf das Kabinett Einfluß zu nehmen, fortzuauern werden, ist unklar voranzusehen. Es ist aber heute mehr denn je anzuschließen, daß diese Druckversuche eine Änderung der Linie des Kabinetts bewirken können. Insbesondere sind die Befürchtungen, die in manchen Kreisen gegen die Rolle des Generals von Schleicher geäußert werden, durchaus nicht zutreffend. Es ist einwandfrei festzustellen, daß beispielsweise die Verhandlungen des Reichswirtschaftsministers mit Vertretern der nationalsozialistischen Partei dauernd im Auftrage des Reichskanzlers und des Reichstages erfolgt sind. Es kann auch keine Rede davon sein, daß hier bei Vereinbarungen zustande gekommen wären, die sich gegen die bisherige Linie des Kabinetts richten. Am Gegenteil: Die Besprechungen sind durchaus negativ verlaufen, was übrigens auch für die zwischen den Parteien unternommenen parlamentarischen Verhandlungen gilt, die zwar noch anhalten, aber allgemein als nicht mehr erfolgversprechend beurteilt werden.

Ueber die weitere innerpolitische Entwicklung, einschließlich der Frage, ob etwa später eine Beteiligung der

Rationalsozialisten an dem Reichskabinett durchführbar sein sollte, wird man wohl erst nach der Auflösung des Reichstages klarer sehen können, die sofort erfolgen wird, falls sich eine Mehrheit für Aufhebung der Rotverordnungen aufammenfinden sollte, also ohne die Abstimmung über die Mißtrauensanträge abzuwarten. Die Auflösung ist infolgedessen mit großer Wahrscheinlichkeit für den 3. oder 4. Tag des neuen Parlaments zu erwarten.

Die angeblichen Finanzierungspläne der Reichsregierung

Berlin. Wie der Börsen-Courier ergänzend zu seinen Informationen über die angeblichen Pläne der Reichsregierung bezüglich der Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms meldet, soll die endgültige Entscheidung über diese Fragen heute (Freitag) fallen. Es scheint beabsichtigt zu sein, von der dreiprozentigen Zwangsanleihe auf das Vermögen die Industrie, das heißt, das festliegende Kapital auszunehmen. Es könne natürlich zu Schwierigkeiten bei der Zwangsanleihe insofern kommen, als es den Steuerbelasteten manchmal nicht möglich sein werde, die erforderlichen Summen bar aufzubringen. In solchen Fällen würde, wie man annehmen könne, eine Erhöhung gewährt werden und es gebe ja für das Reich die Möglichkeit, seine mobile Forderung in Lombardkredit umzuwandeln.

Keine Verlängerung des Burgfriedens.

Berlin. Wie verlautet, wird nicht daran gedacht, die am 31. August ablaufende Verordnung über den Burgfrieden zu verlängern. Sollte sich später eine Wiederholung der Verordnung als notwendig erweisen, so kann immer wieder auf sie zurückgegriffen werden.

Zu den Verhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP.

1) Augsburg. In einem Leitartikel überschrieben „Der letzte Versuch“, nimmt die „Augsburger Postzeitung“ Stellung zu den inoffiziellen Besprechungen zwischen Nationalsozialisten und dem Zentrum. In dem Artikel wird betont, es sei der Wille des Zentrums, daß der Rahmen der Verfassung nicht gesprengt werde. Die größte Gefahr für ein Regieren, das nicht eindeutig dem Wuchstaden und dem Geiste der Reichsverfassung gerecht werde, sei ein arbeitsunfähiger Reichstag. Zwischen dem Reichskabinett und der NSDAP. stehe das Zentrum, das, getreu seiner Mission, einen letzten Versuch unternahme, allen Widerständen zum Trotz die Dinge von Preußen her auch im Reich wieder in das notwendige Gleichgewicht zu bringen. Es sei keine Verärgerungspolitik, die das Zentrum treibe, sondern der Ausdruck höchsten Verantwortungsbewußtseins für Staat und Volk, wenn seit Tagen in inoffiziellen Verhandlungen daran gearbeitet werde, die Wurzeln allen Übels, die Arbeitsunfähigkeit des Reichstages, zu beseitigen, indem man die Möglichkeiten einer Mehrheitsbildung sorgsam prüfe. Dazu gehöre in erster Linie die Verantwortung der Frage, ob sich die Rationalsozialisten überhaupt mit einer anderen politischen Gruppe noch auf der Basis von Treu und Glauben zusammenfinden können. Das Zentrum sei damit an die Lösung der Aufgaben herangegangen, die dem gegenwärtigen Reichskanzler, wie der 18. August gezeigt habe, mißglückt sei. Nur so werde man der Aktion, die seit Tagen im Gange sei, und um die das Zentrum so viel angeleindet werde, gerecht.

Der Artikel schließt: Wir bezweifeln dabei durchaus nicht das Risiko, das man auf sich nehmen mußte, aber wegen dieses Risikos dürfte man den Versuch zur Klärung nicht scheitern lassen in einem Augenblick, da vieles, ja alles

auf dem Spiele steht. Die geführten Verhandlungen geben die letzte Chance. Wer sie verhindert, wird ein großes Teil Verantwortung für die kommenden Dinge zu tragen haben.

Die „Germania“ über die Haltung des Zentrums.

1) Berlin. In den Koalitionsgebräuchen und den Vermutungen, die in politischen Kreisen über die Entwicklung der nächsten Tage angeheult werden, nimmt die „Germania“ u. a. in folgenden Ausführungen Stellung:

Alle Bemühungen der Zentrumspartei werden schon heute darauf gerichtet sein, einen verfassungsmäßigen Ablauf der kommenden Dinge mit allen Mitteln sicherzustellen. Das ist der Kardinalpunkt, an dem sich die Zentrumspartei orientieren wird. Wenn die Reichsregierung das Festhalten ihrer Position und in Verbindung hiermit auch die sofortige Wiederauflösung des Reichstages mit dem Hinweis darauf zu begründen sucht, daß der Reichstag keine arbeitsfähige Mehrheit aufweise, so ist das vorläufig doch wohl nur eine subjektive Vermutung, die noch keineswegs bestätigt ist. Für den Reichstag sollte es, so meint die „Germania“, wichtig sein, dieses Argument zu widerlegen. Im übrigen, fährt das Blatt fort, wird die erste Tagung des Reichstages nur von kurzer Dauer sein. Sie wird sich voraussichtlich zunächst auf die erste, konstituierende Sitzung beschränken. Die Zentrumspartei legt Wert darauf, daß die Tagung sofort unterbrochen wird, um ihren Mitglidern die Teilnahme an dem Deutschen Katholikentag zu ermöglichen, der bereits am 31. August in Essen beginnt. Der Reichstag würde dann etwa am Dienstag, dem 6. Sept., seine Beratungen fortsetzen.

Besuch des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten?

1) Berlin. Reichskanzler von Papen wird sich, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ erfahren haben will, am Montag nach Rueda begeben, um dem Reichspräsidenten über die politische Lage Bericht zu erstatten und die bevorstehenden wichtigen Entscheidungen zu besprechen. Der Reichskanzler wird sich infolgedessen — so teilt das Blatt weiter mit — nach seiner Rückkehr von Münster, wohin er übrigens erst Sonnabend nacht abreist, nur kurz in Berlin aufhalten. Sein Besuch in Rueda werde voraussichtlich Dienstag abend beendet sein.

Der Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler kommt nach Auffassung der „D.M.Z.“ besonders deshalb große Bedeutung bei, weil hier alle mit dem Reichstagsauflösung in Verbindung stehenden Fragen endgültig geklärt werden sollten. Der Reichskanzler dürfte, so vermutet das Blatt weiter, vom Reichspräsidenten das Dekret zur Auflösung des Reichstages erbitten und erhalten. Gleichzeitig müßten die für die Zeit nach der Auflösung entscheidenden Möglichkeiten vorbereitet werden. Dazu gehöre sowohl die Anderräumung des Wahltermins für ein neues Parlament wie die Wahlreform.